

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 36. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 11.09.2014</p>
--

Beginn: 15.05 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

Anwesende: I Deputation

- | | |
|---|---|
| 1. vom Senat | Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich |
| 2. von der Bürgerschaft | |
| SPD-Fraktion | Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann |
| CDU-Fraktion | Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann |
| Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer |
| Die Linke | Herr Arndt |

II *Verwaltung*

Herr Dr. Sünnemann	Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
Frau Zimmermann	kehr
Frau Windeler	
Frau Rüpke	
Frau Urban	
Herr Dr. Lampe	
Herr Polzin	
Herr Viering	
Herr Klugkist	
Frau Jüngst	
Herr Musiol	
Frau Kamp	
Herr Eiken	
Herr Dr. Rösler	
Herr Bürger	
Herr Osmers	
Frau Dr. Boikat	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Herr Schleper	ASV
Herr Donaubaue	BBN

III *Gäste*

Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter
Frau Bredow	Beiratssprecherin Hemelingen

IV *Gastdeputierte*

Frau Metschies	SPD-Fraktion
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Saffe	Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 36. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

TOP 20e Beleuchtung Geh- und Radwegverbindung Werdersee/ Huckelriede wird verschoben.

Es gibt einen **Nachtrag: TOP 20 t** Einschätzung der Umweltrisiken, gesundheitliche Risiken durch das Blumenthaler Heizkraftwerk

Auf den Tischen liegt als Ergänzung zu **TOP 20 o** eine Skizze zur Verkehrssituation Herdentorsteinweg/ Contrescarpe“.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll der Sondersitzung am 29.07.2014)	L/S
-------	---	-----

Siehe Protokoll der 35. staatlichen Sitzung vom 11.09.2014

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe Protokoll der 35. staatlichen Sitzung vom 11.09.2014

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Bebauungsplan 2458 für ein Gebiet in Bremen Horn-Lehe/Borgfeld zur Errichtung eines Feuerwehrgebäudes Am Lehester Deich -FB 01-	Vorlage 18/428
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan 2458 bezeichnete Gebiet in Bremen Horn-Lehe/ Borgfeld zur Errichtung eines Feuerwehrgebäudes Am Lehester Deich (Bearbeitungsstand: 29.07.2014) der Bebauungsplan 2458 aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2458 für ein Gebiet in Bremen Horn-Lehe/ Borgfeld zur Errichtung eines Feuerwehrgebäudes Am Lehester Deich (Bearbeitungsstand: 29.07.2014) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2458 für ein Gebiet in Bremen Horn-Lehe/ Borgfeld zur Errichtung eines Feuerwehrgebäudes Am Lehester Deich (Bearbeitungsstand: 29.07.2014) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2433 für ein Gebiet in Bremen - Arsten zwischen Carl-Katz-Straße, Hans-Hackmack-Straße, Her- mann-Lange-Straße, und Wadeackerfleet -FB 01-	Vorlage 18/429
--------------	---	-------------------

Herr Arndt möchte wissen, ob geförderter Wohnungsbau vorgesehen sei.

Herr Viering erklärt, dass eine solche Festsetzung nicht über den Bebauungsplan geregelt werde, sondern entweder bei der Vermarktung städtischer Grundstücke oder im Falle eines Einzeleigentümers im Vorfeld über einen städtebaulichen Vertrag geregelt werde.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2433 für ein Gebiet in Bremen - Arsten zwischen Carl-Katz-Straße, Hans-Hackmack-Straße, Hermann-Lange-Straße, und Wadeackerfleet (Bearbeitungsstand: 26.06.2014) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2433 für ein Gebiet in Bremen - Arsten zwischen Carl-Katz-Straße, Hans-Hackmack-Straße, Hermann-Lange-Straße, und Wadeackerfleet (Bearbeitungsstand: 26.06.2014).

Einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104) zum Vorhaben „Wohnbebauung Hohle Straße 7a und 7b“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack auf dem Grundstück - Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 der Flur VR 170) (Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB) -BBN-	Vorlage 18/423
--------------	---	-------------------

Herr Arndt möchte auch hier wissen, ob 25% der Wohnungen im geförderten Wohnungsbau vorgesehen seien.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass es Kriterien gebe, auf die man sich im Bündnis für Wohnen geeinigt habe. Es herrsche Einvernehmen, die 25 % nicht überall anzuwenden seien, sondern erst bei einer bestimmten Größenordnung. Diese werde hier nicht erreicht.

Herr Donaubauer bestätigt, dass es sich nicht um ein städtisches Grundstück handele und die vereinbarte Schwelle an Wohneinheiten nicht erreicht werde.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) bezeichnete Gebiet in Bremen – Vegesack auf den Grundstücken Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 der Flur VR 170) ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 104 - mit Vorhabenplan 104). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104) für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) bezeichnete Gebiet in Bremen - Vegesack auf den Grundstücken Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 der Flur VR 170) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer förmlichen Umweltprüfung aufgestellt werden soll.

Einstimmig

TOP 7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 58 zum Vorhaben „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der - Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) (Erweiterung des Geltungsbereiches, öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/424
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Erweiterung des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 58 (mit Vorhabenplan 58) zum Vorhaben „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) auf das im Planentwurf (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) bezeichnete Gebiet zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 58 (mit Vorhabenplan 58) zum Vorhaben „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) einschließlich Begründung zu.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 58 (mit Vorhabenplan 58) zum Vorhaben „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 101 (mit Vorhabenplan 101) zum Vorhaben „Wohnbebauung Kleine Breite“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack - auf dem Grundstück Friedrich-Lürssen-Straße 32 - sowie dem Flurstück 215/10 der Flur VR 171 (Erweiterung des Geltungsbereiches, öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/425
--------------	--	-------------------

Frau Dr. Schierenbeck begrüßt, dass diese Gebäude mit einem guten energetischen Standard gebaut werden sollen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Erweiterung des Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 101 (mit Vorhabenplan 101) für ein Gebiet in Bremen-Vegesack an der Friedrich-Lürssen-Straße 32 um das Flurstück 215/10 der Flur VR 171 zum Vorhaben „Wohnbebauung Kleine Breite“ auf das im Planentwurf (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) bezeichnete Gebiet zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 101 (mit Vorhabenplan 101) für ein Gebiet in Bremen-Vegesack an der Friedrich-Lürssen-Straße 32 sowie dem Flurstück 215/10 der Flur VR 171 zum Vorhaben „Wohnbebauung Kleine Breite“ (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 101 (mit Vorhabenplan 101) für ein Gebiet in Bremen-Vegesack an der Friedrich-Lürssen-Straße 32 sowie dem Flurstück 215/10 der Flur VR 171 zum Vorhaben „Wohnbebauung Kleine Breite“ (Bearbeitungsstand: 01.08.2014) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 9a	Aktualisierung des Spielhallenkonzepts für das Zentrum von Bremen – Vegesack und Einbeziehung der Ansiedlungssteuerung von Wettbüros -BBN-	Vorlage 18/426
---------------	--	-------------------

Die TOP 9a und 9b werden gemeinsam aufgerufen.

Frau Dr. Schaefer erklärt zu diesen beiden Tagesordnungspunkten ihre Befangenheit und verlässt während der Diskussion und Beschlussfassung den Raum.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass hier eine Problemlage aufgearbeitet worden sei, die auch über Vegesack hinaus bremenweit auftrete und die man auch in anderen Bereichen wie hier aufgezeigt, im Rahmen von städtebaulichen Maßnahmen, regulieren könne.

Herr Saxe führt aus, dass es auch darum gehe, die Angebotsvielfalt in den entsprechenden Shopping- Bereichen zu erhalten und das Konzept insofern gute Wirtschaftspolitik darstelle. Er begrüße den Vorschlag ausdrücklich, dieses Instrument auf andere geeignete Bereiche der Stadt zu übertragen.

Herr Arndt berichtet von ähnlichen Problemen in Hemelingen und würde eine klare Richtlinie zu den verschiedenen Vorschriften, auch inwieweit Abstandsregelungen von Wettbüros und Spielhallen zusammengefasst werden könnten, begrüßen.

Herr Liess regt an, seitens der Bürgerschaftsfraktionen diese Anregung aufzugreifen und das bremische Glücksspielgesetz im Hinblick auf eine Zusammenführung der Abstandsregelung sowohl für Wettbüros als auch für Spielhallen anzuschauen. Dies liege jedoch nicht in der Zuständigkeit dieser Deputation.

Auf die Frage von **Herrn Pohlmann** erklärt **Herr Donaubauer**, dass die vorhandenen Betriebe Bestandsschutz hätten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem überarbeiteten Spielhallen- und Wettbüro-konzept für das Zentrum Bremen-Vegesack zu.

Einstimmig

TOP 9b	<p>Bebauungsplan 1558 zur Änderung von 5 Bebauungsplänen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bebauungsplan 310, 2. Bebauungsplan 950, 3. Bebauungsplan 1553 4. Bebauungsplan 1554 5. Bebauungsplan 1557 <p>für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Breite Straße • Aumunder Heerweg • Stadion Vegesack • Bahnhof Vegesack • Vegesacker Bahnhofplatz • Vegesacker Hafen • Zur Vegesacker Fähre • Beilkenstraße • Höljesweg • Jaburgstraße • Sagerstraße <p>(Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses, Erweiterung des Geltungsbereiches, vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB, öffentliche Auslegung, Aufhebung des Bebauungsplanes 1564) -BBN-</p>	Vorlage 18/427
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Planaufstellungsbeschlusses zum Be-*

*bauungsplan 1558 vom 08.03.2012 auf den Geltungsbe-
reich des öffentlich auszulegenden Bebauungsplanent-
wurfes erweitert wird.*

- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwick-
lung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungs-
planes 1558 zur Änderung der Bebauungspläne 310, 950,
1553, 1554 und 1557 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack
zwischen Breite Straße, Aumunder Heerweg, Stadion
Vegesack, Bahnhof Vegesack, Vegesacker Bahn-
hofsplatz, Vegesacker Hafen, Zur Vegesacker Fähre, Beil-
kenstraße, Höljesweg, Jaburgstraße und Sagerstraße
(Bearbeitungsstand: 07.08.2014) einschließlich Begrün-
dung zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwick-
lung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf
des Bebauungsplanes 1558 zur Änderung der Bebau-
ungspläne 310, 950, 1553, 1554 und 1557 für ein Gebiet
in Bremen-Vegesack zwischen Breite Straße, Aumunder
Heerweg, Stadion Vegesack, Bahnhof Vegesack, Vege-
sacker Bahn-
hofsplatz, Vegesacker Hafen, Zur Vege-
sacker Fähre, Beilkenstraße, Höljesweg, Jaburgstraße
und Sagerstraße (Bearbeitungsstand: 07.08.2014) mit
Begründung öffentlich auszulegen ist.*
- 4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwick-
lung und Energie fasst den Beschluss, dass der Planauf-
stellungsbeschluss der Deputation für Bau und Verkehr
vom 13.08.2009 zum Bebauungsplan 1564 zur Änderung
der Bebauungspläne 1553 (für ein Gebiet in Bremen-
Vegesack zwischen Reeder-Bischoff-Straße, Höljesweg,
Beilkenstraße, Zur Vegesacker Fähre) und 1554 (für ein
Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Sagerstraße, Alte
Hafenstraße, Zur Vegesacker Fähre, Reeder-Bischoff-
Straße und Jaburgstraße) aufgehoben wird und das ent-
sprechende Bebauungsplanverfahren einzustellen ist.*

Einstimmig

TOP 10	Radführung in der Parkallee im Rahmen der Verbesserung der Radroute Innenstadt - Universität -ASV-	Vorlage 18/436
---------------	--	-------------------

Herr Saxe regt an zu prüfen, ob es unbedingt weiter verfolgt werden solle, den bestehenden Radweg durch Absperrbaken und Fahrradbügel an jeder Einmündung zu sperren. Es sei schlecht zu vermitteln, weshalb ein intakter Radweg geschlossen werden solle. Durch zusätzliche Absperrbaken würden sich mögliche Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern gerade in der Übergangszeit durch Slalomfahrten noch verstärken.

Herr Senator Dr. Lohse sagt zu, dies auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit nochmal zu prüfen.

Herr Gottschalk verweist auf die Erfahrungen in der Humboldtstr, wo ein Teil der Fahrradfahrer nach wie vor auf die Bürgersteige ausweiche. Durch solche Barrieren würden erst recht Ausweichbewegungen auf den Bürgersteig gefahren werden. Durch eine intelligente Auslassung könne man vielleicht etwas Besseres erreichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kosten zur Kenntnis und stimmt der Einrichtung und Finanzierung des Teilstücks Parkallee zur Verbesserung der Radroute Innenstadt-Universität zu.

Einstimmig

TOP 11	STRASSEN BENENNUNG Bürgermeisterin-Mevissen-Weg - ASV -	Vorlage 18/422
--------	---	-------------------

Herr Strohmann stellt fest, dass die Benennung von Straßen den Beiräten obliege. Ihm sei jedoch durch Zeitzeugen zugetragen worden, dass sich Frau Bürgermeister Mevissen immer gegen die weibliche Form „Bürgermeisterin“ gewehrt habe. Er möchte wissen, ob die geplante Benennung mit der Familie abgesprochen sei.

Herr Saxe bestätigt diese Einschätzung.

Herr Staatsrat Golasowski schlägt vor, die Vorlage daher auszusetzen und diese Frage zu klären.

-ausgesetzt-

TOP 12	Austausch abgängiger BSAG-Fahrleitungsmasten, die auch von der öffentlichen Beleuchtung genutzt werden -ASV-	Vorlage 18/432
--------	--	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass der Beschluss über diese Vorlage, ebenso wie alle haushaltsrelevanten Beschlüsse, die die Deputation heute fasse, dem Vorbehalt der Haushaltssperre unterliege.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu und bittet den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr die Vorlage zur Beschlussfassung dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

Einstimmig

TOP 13	Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen der BSAG im Bremer Stadtgebiet -ASV-	Vorlage 18/430
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und der Finanzierung der Maßnahmen zu.

Einstimmig

TOP 14	Autobahnzubringer Hemelingen (BAB A1) – Sanierung Bereitstellung der erforderlichen Baumittel (Straßenbau) -ASV-	Vorlage 18/433
--------	--	-------------------

Herr Arndt weist darauf hin, dass der Einbau von lärminderndem Mastix-Asphalt keine besondere Maßnahme, sondern Standard sei.

Frau Bredow erklärt, dass der Beirat zusätzlich zur Sanierung eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h durchgängig auf dem gesamten Zubringer fordere, um eine Lärmreduzierung zu erreichen.

Herr Polzin bietet an, im Beirat zu erläutern, welche Lärmreduzierung durch eine Geschwindigkeitsreduzierung tatsächlich zu erreichen sei. Dafür sei weniger die Geschwindigkeit, als vielmehr der Anteil an Lastverkehr ausschlaggebend. Dies sei aber unabhängig von der jetzt anstehenden Sanierung zu betrachten.

Herr Pohlmann erwartet einen Folgebericht über die abgeschlossenen Maßnahmen und die erneute Beiratsbefassung zur Frage der Geschwindigkeitsregelung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung der Baukosten für die Sanierung der Straße zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der erforderlichen Bauleistungen zu.

Einstimmig

TOP 15	ÖPNV – Großvorhaben Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr/ Weyhe Einwerben von Mitteln für bauvorbereitende Leistungen -ASV-	Vorlage 18/434
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung für die Bereiche des Infrastrukturbetreibers BgA zu.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt einem vorzeitigen Beginn der Ausführungsplanung für die Bereiche des Infrastrukturbetreibers BgA zu.

Einstimmig

TOP 16	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 30.06.2014 -1-	Vorlage 18/431	L/S
---------------	---	-------------------	-----

Siehe Protokoll der 35. staatlichen Sitzung vom 11.09.2014

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt das Produktgruppencontrolling mit Stand 30.06.2014 zur Kenntnis.

TOP 17	Zweiter Zwischenbericht zur Umsetzung des integrierten Leitbildes der Stadtentwicklung Bremen 2020 im Bremer Westen - 71 -	BdV schriftlich
---------------	---	--------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den gemeinsam vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Sena-*

torin für Bildung und Wissenschaft erarbeiteten Zwischenbericht zur Kenntnis.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und ggf. weiteren Senatsressorts die Schlüsselprojekte weiter zu entwickeln, den Prozess zur Umsetzung des projektorientierten Handlungsprogramms fortzusetzen und einen weiteren Bericht im zweiten Halbjahr des Präsentationsjahres 2015 vorzulegen.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und ggf. weiteren Senatsressorts zunächst die Übertragbarkeit der Ergebnisse der ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf andere Stadträume zu prüfen. Das Ergebnis ist der Deputation im Rahmen der Berichterstattung vorzulegen.

Einstimmig

TOP 18	Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen Festlegung der Programmgebiete / Grundlage für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln -72-	Vorlage 18/409
---------------	---	-------------------

Herr Pohlmann fragt, inwieweit auch dem Beschluss des Beirats mit der beabsichtigten Einrichtung des „Entwicklungsgremiums Gröpelingen“ Rechnung getragen werde. Es sei in diesem Prozess sehr wichtig, Initiativen und Menschen vor Ort zu aktivieren, aber auch die gewählten Stadtteilpolitikerinnen und -politiker mitzunehmen.

Frau Prof. Dr. Reuther weist darauf hin, dass das IEK Gröpelingen als eine wichtige Aktivität im Bremer Westen einen großen Beteiligungsprozess mit mehreren Workshops durchlaufen habe. Die beiden Quartiersmanagerinnen Frau Dwerlkotte und Frau Sänze seien heute auch anwesend. Für die Umsetzung dieses Konzeptes sei es wichtig, Gremien zu entwickeln, die arbeitsfähig seien. Dazu gehöre auch das Entwicklungsgremium, das so besetzt werden solle, dass alle vertreten seien, natürlich auch der Beirat.

Herr Pohlmann berichtet, dass aus dem Beschluss des Beirats hervorgehe, dass von jeder Beiratsfraktion oder vertretenen Kraft im Beirat eine Vertretung im Entwicklungsgremium mit dabei sein solle. Solche begleitenden Maßnahmen seien durchaus von Seiten der Senatsbaudirektorin eingeplant. Üblich seien in andern Bereichen der/ die Beiratssprecher/in oder dessen/ deren Vertretung. Er verstehe den Beschluss daher so, dass sich der Beirat auf ein oder zwei Personen beschränke. Fragen könnten ansonsten auch im Koordinationsausschuss besprochen werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) beschließt das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der unter den vorgenannten Rahmenbedingungen und Vorbehalten stehenden Gesamtkosten von rd. 18,5 Mio. € sowie der Durchführung und Finan-

zierung der Maßnahmen der ersten Fördertranche mit einem Volumen in Höhe von rund 9,2 Mio. EUR für die Jahre 2014 bis 2017 zu.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) beschließt entsprechend den beigefügten Übersichtsplänen die Erweiterung der Gebietskulisse für das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt und die Gebietsfestlegungen für die Städtebauförderprogramme Stadtbau West und Städtebaulicher Denkmalschutz West (Anlage 3).
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet um einen Zwischenbericht zur Umsetzung der ersten Fördertranche im 1. Halbjahr 2018.

Einstimmig

TOP 19	Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen Neustadt Revitalisierung einer Stadtbrache für den Ausbau eines gemeinnützigen Quartierszentrums - 72-	Vorlage 18/421
---------------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse erinnert daran, dass für diese Vorlage, wie für andere Vorhaben derzeit auch, der Vorbehalt der Haushaltssperre gelte.

Beschluss:

1. Die Städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Entwurfsplanung zur Kenntnis. Sie stimmt der Planung und Finanzierung des Quartierszentrums in Huckelriede zu und bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen die für die weitere Umsetzung erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 20	Berichte der Verwaltung	
TOP 20a)	Behandlung der Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit im Bauleitverfahren -FB 01-	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20b)	Erlöserwartungen durch das City-Center im Ansgariquartier -FB 01-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Arndt befürchtet, dass die 40 Mio erhoffter Erlöse nicht erfüllt werden und die Stadt dann in der Verpflichtung stehe. Er sieht die Zweifel bestätigt, die damals zur Ablehnung des Ankaufs durch seine Fraktion geführt haben.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20c)	Sachstand Baugebiet Diedrich-Wilkens-Straße in Bremen-Hemelingen -64-	BdV mündlich
----------	--	-----------------

Herr Pohlmann erläutert, dass dieser Bereich, das frühere Nordmende- Produktionsgelände, schon öfter diskutiert wurde. Es seien bereits begleitende Grünmaßnahmen beschlossen und umgesetzt worden. Das Gebiet stehe in der 30+ Liste.

Herr Viering berichtet, dass ein Bebauungsplan für das Gebiet rechtskräftig beschlossen worden sei. Immobilien Bremen habe eine Ausschreibung für diese städtische Fläche durchgeführt, die leider unter den zugrunde gelegten Rahmenbedingungen nicht erfolgreich war. Der Fachbereich Bau plane, auf die Firmen zuzugehen, von denen ein Interesse bekannt sei, um mit ihnen zu beraten, wie eine weitere Ausschreibung erfolgreicher sein könnte.

Herr Pohlmann begrüßt die Initiative des Bauressorts bei der Begleitung und Entwicklung der Vermarktung dieser Fläche. Er bittet über den Fortgang des Verfahrens, insbesondere den Ausgang der erneuten Ausschreibung, in der Deputation zu berichten.

Herr Arndt erwartet, dass die Suche nach Partnern und die Umsetzung der Bebauung den dort unbedingt notwendigen sozialen Wohnungsbau berücksichtige.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20d)	Sachstand VEP-Antrag Graf-Abbo-Straße -BBN-	BdV mündlich
----------	--	-----------------

Herr Donaubauer führt aus, dass eine längere Diskussion zwischen Schulressort und Beirat über die Entbehrlichkeit dieser Schulerweiterungsfläche vorausgegangen war. Letztendlich sei es gemeinsames Ziel, dort eine Wohnbaunachnutzung zu schaffen. Ein bisher bestehender Dissens zwischen dem Vorhabenträger und dem Bauamt Bremen Nord bzw. dem Beirat Burglesum in Bezug auf die Bebauungsdichte und Zahl der Wohneinheiten wurde, auch für den Vorhabenträger positiv unter dem Aspekt Zeitgewinn und Kostenreduzierung, gelöst.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20e)	Beleuchtung Geh- und Radwegverbindung Werdersee/ Huckelriede -ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

-verschoben-

TOP 20f)	Parkplatzsituation in der Straße Am Pferdekamp -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20g)	Zuständigkeiten und Verfahren zum Aufstellen von Verkehrsschildern im Zusammenhang mit Baumaßnahmen -ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Saffe ist nach wie vor unzufrieden damit, dass trotz mehrerer Berichte in der Deputation und Aktionen vor Ort nach wie vor Toiletten und Schilder in behindernder Art und Weise auf den Gehwegen im Viertel aufgestellt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20h)	Fragen zur Situation der Abfallentsorgung in der Vahr - 23 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Gottschalk führt aus, dass über die Schleusensysteme ein Beitrag geleistet werden sollte, die Gebührensteigerung im Großcontainerbereich etwas abzufedern. Dabei habe man die Schwierigkeiten und die komplexen Fragen der Einführung unterschätzt. Insbesondere bestehe die Herausforderung einer intensiven Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den Initiativen, wie sie die Gewoba unternommen habe und den Maßnahmen, die auf Seiten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers unternommen werden müssten. Problematisch sei die Aufstellung einzelner Biotonnen. Gerade bei einem so sensiblen Thema wie der Biomüllsammmlung im Großcontainerbereich müsse man anders herangehen, als ein paar Tonnen aufzustellen. Dies habe zu einem starken Widerwillen geführt, im Ergebnis würden die Tonnen jetzt richtigerweise wieder entfernt. Wenn man die Bioabfallsammlung über das abfallwirtschaftliche Konzept erneut aufgreifen wolle, sei es notwendig, die Einführung sehr sorgfältig und in Abstimmung mit den Akteuren, insbesondere auch mit dem Beirat anzugehen, um eine Lösung zu finden, die für alle Beteiligten sinnvoll sei.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass die Gewoba frühzeitig begonnen habe, die Mieter zu informieren. Das Problem bei der Getrenntsammlung von Abfällen in Großwohnsiedlungen bestehe auch in anderen Städten.

Herr Imhoff sieht nicht nur ein Problem bei der Abfalltrennung, sondern auch in der Frage der Gebührengerechtigkeit. Familien, die keinen Bioabfall getrennt sammeln könnten, müssten alles über die Restmülltonne entsorgen und dann möglicherweise mehr Geld bezahlen.

Frau Dr. Schaefer stellt klar, dass durchaus mehr Gebührengerechtigkeit insgesamt erreicht worden sei. Nach einem bestimmten Zeitraum sei eine Evaluation durchzuführen, insbesondere mit Blick auf das Gewerbe. Es sei richtig, dass das Gewerbe die Gebühren nicht mehr schätzen könne, sondern die Gebühren nach harten Kriterien erhoben würden.

Frau Kamp erläutert, dass die getrennte Sammlung in Großwohnanlagen bundesweit eine besondere Herausforderung sei. Die Gewoba habe ein Fachberatungsinstitut eingeschaltet und verteile inzwischen mehrsprachige Informationsblätter. Es sei eher eine mittelfristige Perspektive sich der getrennten Sammlung in Großwohnanlagen zu nähern. Die fehlende Möglichkeit zur Trennung von Bioabfall sei bereits dadurch berücksichtigt worden, dass ein etwas größeres Entsorgungsvolumen pro Person in den Großwohnanlagen angeboten werde. Gleichwohl bleibe man im Gespräch und wolle die Gewoba und die Fachberatung begleiten. Die Inhalte

des Kreislaufwirtschaftsgesetzes seien so angelegt, dass so viel Bioabfall wie möglich eingesammelt werden solle, mit Ausnahme der Haushalte mit Eigenkompostierung.

Herr Dr. Rösler ergänzt, dass Bioabfallsammlung keinen Sinn mache, wenn der gesammelte Bioabfall zur Hälfte aus Restmüll bestehe. Das Bestreben sei jetzt, die Mieter in der Vahr davon zu überzeugen, dass sie durch die Müllschleusen genug Restmüllvolumen haben und nicht um Geld zu sparen, Restmüll in die Bioabfallgefäße oder auch in die anderen Getrenntsammlgefäße werfen müssten. Denn dies sei die große Problematik, die im Augenblick in der Vahr bestehe. Sowohl in den Gelber Sack-Containern, als auch in den Papiercontainern und natürlich in den Bioabfallcontainern habe man ganz massive Verschmutzungen durch Restmüll.

Herr Gottschalk stellt klar, dass nicht die Gewoba zu spät auf die Mieter zugegangen sei, sondern dass die Abstimmung mit UBB, mit dem öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger, zu spät stattgefunden habe. Der Ansatz, wie an die Bioabfallsammlung herangegangen worden sei, sei konzeptionslos gewesen.

Herr Strohmann sieht grundsätzlich das Problem darin, in den Großwohnanlagen das Bewusstsein für die Sinnhaftigkeit der Mülltrennung zu schaffen. Das müsse Schritt für Schritt erreicht werden. Im Ergebnis die Getrenntsammlung wieder abzuschaffen sei auch unter dem Gebührenaspekt ungerecht gegenüber denjenigen, die gerne trennen möchten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20i)	Organisation der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung in den umliegenden Landkreisen - 23-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20j)	Wirksamkeit der Umweltzone -2-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20k)	Grenzwertüberschreitungen Am Dobben -22-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Gottschalk weist darauf hin, dass im Bereich der Stickstoffdioxid (NO₂)-Werte die Situation nach wie vor unbefriedigend sei. Er kritisiert die Darstellung, dass eine Umsetzung der genannten Maßnahmen aufgrund der geringen Überschreitungshöhe nicht dem Gebot der Verhältnismäßigkeit entspreche. Es gehe hier um Gesundheitsgefährdung.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass dieser Satz bewusst so formuliert worden sei, weil Instrumente beschrieben wurden, von denen die Verwaltung glaube, dass sie eine Wirkung hätten. Dazu müsse eine Haltung entwickelt werden. Man habe sich entschieden, diese Instrumente zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu empfehlen. Es sei auch nicht erkennbar, dass andere Städte hier deutlich weiter seien. Bremen stehe im Vergleich zu vielen anderen Städten sehr gut da. Weder die EU noch die Bundesregierung habe bessere Ideen. Am Dobben sei ein sehr wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Es hätte weitreichende Konsequenzen, hier Verkehrsverbote oder – beschränkungen auszusprechen. Dies sei sehr wohl eine Frage von Verhältnismäßig-

keit. Seitens der EU sei kein zeitlicher Abgleich der Einführung der Zielwerte für die Luftqualität auf der einen Seite und den Abgasstandards bei den Autos auf der anderen Seite erfolgt. Die Abgasstandards würden wesentlich später wirksam als die Zielwerte für die Luftreinhaltung. Dieser Systemfehler werde uns noch einige Jahre beschäftigen. Jedoch würden nicht die Probleme größer, sondern die Zielstandards seien ambitionierter. Man befinde sich eindeutig auf dem Weg in die richtige Richtung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20l)	Rückbau der Luftmessstation Graf- Moltke- Straße - 22 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Auf die Nachfrage von **Frau Dr. Schaefer** erklärt **Herr Senator Dr. Lohse**, dass die bisherige Luftmessstation nicht in vollständiger Ausrüstung zur Verfügung stehe. Noch nutzbare Geräte wurden entnommen, um sie an andere Stelle einzusetzen. Um sie an einem anderen Ort sinnvoll einzusetzen, müsste diese Luftmessstation komplett neu ausgerüstet werden. Die Mittel dafür seien nicht vorhanden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 20m)	Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken im Land Bremen Lärmschutzwand Osterfeuerbergstraße - 22-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20n)	Prüfung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h im Rahmen des Lärmaktionsplans mit dem Verkehrsmodell - 22, 5 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 20o)	„Verkehrssituation Herdentorsteinweg/ Contrescarpe“ „Fahrwege für Radfahrer, richtiges Verhalten an Lichtzeichenanlagen“ - 5 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Saxe erwartet, dass entsprechende Haltelinien an mehreren Stellen im Stadtbereich aufgebracht werden. Nur dann ließe sich ein Erfolg bewerten.

Herr Senator Dr. Lohse sagt zu, dies wohlwollend zu prüfen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20p)	Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebiets der Mittelweser im Bereich der Stadtgemeinde Bremen (Überschwemmungsgebietsverordnung Mittelweser – ÜSGV-Mittelweser) -3-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 20q)	Finanzierung der Grünpflege in Kleingartengebieten -3-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer berichtet, der Hintergrund der Frage war, dass in einem Kleingartengebiet in der Neustadt nach einem Sturm mehrere Bäume umgeknickt seien. Glücklicherweise seien keine bewohnten Gebäude zu Schaden gekommen. Dies zeige ein großes Problem mit Bäumen, die nicht mehr standsicher seien, auf und es sei die Frage der Haftung aufgekommen. Die Kleingartenvereine seien damit oftmals überfordert, obwohl sie über den Rahmenpachtvertrag für die Verkehrssicherheit verantwortlich seien. Es mache Sinn, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und zu beraten, wie das - hauptsächlich finanzielle – Problem zu lösen sei.

Herr Musiol erklärt, dass im Moment noch die Größenordnung des Problems erfasst werde. Der Landesverband werde sich jetzt mit einem Brief an die einzelnen Verbände wenden, damit diese die Problemlagen für Ihren Bereich darstellen. Danach müsste dieses monetär bewertet werden, um anschließend geeignete Lösungswege zu finden.

Herr Gottschalk führt aus, dass einerseits das Begleitgrün sich in den letzten zwanzig Jahren verändert habe. Der Aufwuchs und der Klimawandel würden die Anforderungen an die Pflege erhöhen. Andererseits seien die Leute, die im Kleingartenbereich die Pflege übernommen hätten, auch älter geworden und könnten die Eigenarbeit zum Teil nicht mehr leisten. Im öffentlichen Rahmengrün hafte grundsätzlich die Stadtgemeinde Bremen als Eigentümerin. Diese Eigentümerhaftung werde in § 7 Generalpachtvertrag auf den Pächter übertragen. Er möchte wissen, ob dies in allen Verträgen stehe, die ja zum Teil sehr alt seien.

Herr Musiol erläutert, dass die Einzelverträge weitgehend alle nach dem gleichen Muster aufgebaut seien. Es sei bekannt, dass es auch ein Generationenproblem sei. Letztlich gehe es darum, eine zukunftsfähige Gesamtlösung zu bekommen.

Frau Dr. Schaefer ergänzt, dass das Kleingartenwesen eine wichtige Funktion in einer Großstadt habe. Generell müsse versucht werden, es für junge Leute attraktiver zu machen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 20r)	CO ₂ -Minderung in den Szenarien des VEP -2- / -5-	BdV mündlich
----------	--	-----------------

Herr Polzin erläutert, dass die Vorgehensweise im KEP eine ganz andere sei, als im VEP. Im KEP wurden die Treibstoffmengen, die in Bremen getankt wurden erhoben. Im VEP dagegen wurden Fahrleistungen ermittelt. Es gehe auch um andere Zeiträume, im KEP 2020, im VEP 2025. Methodisch seien die Daten also nicht einfach zu vergleichen. Zudem seien im KEP viele Projekte wie die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1, die Einführung der Regio-S-Bahn, Verlängerung Straßenbahnlinie 4 bis Lilienthal oder Car-Sharing enthalten, die inzwischen in Teil-

len schon umgesetzt seien. Gemeinsam mit dem Öko- Institut werde an einem Vergleich für das Jahr 2050 bezüglich der Emissionen im CO₂- Bereich zwischen Stuttgart und Bremen gearbeitet. Ein Bericht dazu werde im Herbst vorliegen und könne aller Voraussicht nach auch hier vorgestellt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 20s)	Erlass einer Kappungsgrenzen-Verordnung nach § 558 Abs. 3 S. 3 BGB -7-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	--	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

NACH-TRAG TOP 20t)	Einschätzung der Umweltrisiken, gesundheitliche Risiken durch das Blumenthaler Heizkraftwerk -20-	BdV mündlich	
-------------------------------------	---	------------------------	--

Frau Dr. Boikat berichtet, dass die Möglichkeit, dass jodhaltiges Material verbrannt worden sei, zwar gegeben, aber nicht nachweisbar sei. Man habe die Abfallschlüsselnummern des verbrannten Siedlungsabfalls angesehen und die Methode genau nachvollzogen. In der Restmüllbehandlungsanlage in Bassum werde der Siedlungsabfall in 3 – 60 cm große Stücke zerkleinert und vermengt. Diese inhomogene Mischung werde zusammengepresst im Heizkraftwerk Blumenthal, das der AWG Bassum gehöre, angeliefert. Dort werde das Material noch einmal aufgelockert, vermischt und eine optische Kontrolle vorgenommen, ob dort größere Gegenstände oder Störmaterial enthalten sei. Dies sei auch in diesem Fall geschehen. Es waren keine Auffälligkeiten da. Dann wurde das Material in den Brennort eingeführt und bei über 1000°C verbrannt. Ein Bürger habe an einem Tag um 7:00 morgens eine leicht rosafarbene Färbung der Abluft gesehen und dies der Polizei gemeldet. Weitere Nachbarn hätten diese Rosafärbung ebenfalls gesehen. Daraufhin habe die Gewerbeaufsicht den Vorfall untersucht. In Presseberichten wurde vermutet, dass Jod aus irgendeinem Abfall diese Färbung verursacht habe. Die Möglichkeit sei durchaus gegeben, es gab Vorfälle in anderen Abfallverbrennungsanlagen in Europa, allerdings mit sehr viel intensiveren Rosa-violett-färbungen und in diesen Fällen - es handelte sich um Sondermüllverbrennungsanlagen - konnte man anhand der verbrannten Abfälle den Rückschluss auf Jod ziehen. In Basel z.B. war es Jod aus Röntgenkontrastmitteln. In Blumenthal komme so etwas nicht zum Einsatz. Es könnte Jod gewesen sein, aber auch zerfetzte Tonerkartuschen oder Materialien aus dem landwirtschaftlichen Bereich. Ein gesundheitliches Risiko für die Bevölkerung in Blumenthal sei mit der Angelegenheit nicht verbunden gewesen.

Frau Dr. Schaefer appelliert, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Bürgerinnen und Bürger in Blumenthal beschäftigen sich mit dem Heizkraftwerk, das sich in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung befinde. Im letzten Jahr ging es um ätzende Substanzen, die die Schleimhäute gereizt haben. Nachdem erst mit dem Hinweis auf die Kanalisation beruhigt worden war, stellte sich heraus, dass neben anderen Defekten die Aktivkohlefilter nicht oft genug ausgetauscht wurden. Insofern wäre es gut, wenn dort eine Luftmessstation eingerichtet werden würde, um mehr Objektivität zu haben. Es gebe in Blumenthal auch eine starke Geruchsproblematik. Sie bittet um einen schriftlichen Bericht nach Abschluss des Verfahrens. Man müsse einen gesonderten Blick auf dieses Heizkraftwerk haben, weil dessen Emissionen in

der Vergangenheit zumindest zu Belästigungen und Beeinträchtigungen bei der Bevölkerung geführt haben.

Herr Bürger ergänzt, dass mit der AWG Bassum verabredet wurde, die dortigen Sichtkontrollen zu verstärken, um das Risiko zu minimieren, dass etwas in Blumenthal verbrannt werde, das dort nicht hinkommen sollte. Die Abfallschlüsselnummern, die an den beiden benannten Tagen verbrannt wurden, gäben keine Hinweise auf solche Stoffe. Der Betreiber in Blumenthal habe eine Überwachung seines Schornsteins mit einer Kamera zugesagt, so dass unmittelbar auf Monitorbeobachtungen reagiert werden könne.

Herr Liess bittet um einen Bericht, welche rechtlichen Auflagen das HKW hinsichtlich seiner Emissionen erfüllen muss und wie diese überwacht werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 21	Verschiedenes	
	Bearbeitungsstand des Bebauungsplanes 2436	

Herr Pohlmann möchte wissen, wann der in Bearbeitung befindliche Bebauungsplan 2436, Osterholzer Dorfstraße in der Deputation befasst werde.

Herr Viering berichtet, dass das Verfahren zum Bebauungsplan 2436 weitgehend abgeschlossen sei und derzeit geplant sei, ihn in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Herr Senator Dr. Lohse ergänzt, dass die erforderliche Aufhebung des Landschaftsschutzes noch nicht abgeschlossen sei. Beides solle gemeinsam in der Deputation befasst werden.

	Ansiedlung einer Spielhalle am Bahnhof Burg	
--	--	--

Herr Liess fragt, ob vom Ressort Anstrengungen unternommen werden, die Ansiedlung einer Spielhalle am Bahnhof Burg zu verhindern.

Herr Donaubauer berichtet, dass eine Abstimmung mit dem Sprecherausschuss Burglesum stattfinde. Derzeit werde die planungsrechtliche Situation und ein mögliches Einschreiten geprüft.

	Verkehrsbehinderungen im Bremer Westen durch Großveranstaltungen	
--	---	--

Herr Strohmann beklagt massive Verkehrsbehinderungen im Zusammenhang mit dem Triathlon im Bremer Westen. Es stehe der autofreie StadTraum am 21. September bevor, in dem Zusammenhang würden im Stadtteil erneut Behinderung befürchtet.

Herr Pohlmann führt aus, dass es mehrere Großveranstaltungen im Bremer Westen, insbesondere in Walle, gegeben habe, einmal der Triathlon der Gewoba und ein großes Radrennen, traditionell früher um den Waller Wasserturm. In diesem Zusammenhang habe es großflächig verkehrslenkende Maßnahmen gegeben. Die betroffene Bevölkerung sei vorher informiert worden. Zuständig sei jedoch der Innensenator.

	Presseberichte über Rekommunalisierung	
--	---	--

Herr Imhoff erwähnt Berichte in der taz und im Weser Kurier über erste Teilausschnitte des Berichtes über die Rekommunalisierung.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass sich der Bericht in einem frühen Entwurfsstadium befinde und in den Ressorts und in den Abstimmungsrunden des Senats noch überarbeitet werde. Es sei nicht bekannt, wer den Entwurf in einem so frühen Stadium an die Presse gegeben habe.

	Berichte zu einer der nächsten Sitzungen	
--	---	--

Sachstandsbericht zur Entwicklung der Folgenutzung der Schule in der Otto-Braun-Straße (mündlich)	Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	09.10.2014
Windabhängige Geschwindigkeitsregulierung auf der A 1	Berichtswunsch von Herrn Saxe am 28.08.2014	09.10.2014 oder 21.11.2014

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 36. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll